Beschluss Kampagne zur Bürgerschaftswahl am 2. März 2025 - GRÜNE JUGEND Hamburg

Antragsteller*in: Max Michalek, Zeliha Durmus, Jalda Rahimi, Carl-Emil Förster, Lian

Belgardt, Leon Meyer

Tagesordnungspunkt: TOP 8 Arbeitsprogramm & Kampagne zur Bürgerschaftswahl

Antragstext

- Die GRÜNE JUGEND Hamburg steht vor der bedeutenden Aufgabe, bei der
- Bürgerschaftswahl 2025 die Anliegen der jungen Generation in den Fokus zu
- rücken. In Zeiten von Klimakrise, wachsender sozialer Ungleichheit und
- 4 herausfordernden wirtschaftlichen Bedingungen ist es unabdingbar, dass unsere
- 5 Stimmen gehört werden. Wir wollen uns den dringenden Herausforderungen der Stadt
- stellen: dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum, dem Zustand der Jugendkultur und
- den Ungerechtigkeiten im Bildungssystem. Die bevorstehende Wahl bietet uns die
- 8 Chance, diese Themen auf die politische Agenda zu setzen und konkrete,
- 9 umsetzbare Lösungen anzubieten.
- 10 Im Fokus unserer Kampagne stehen folgende drei Kernthemen
- 11 Mieten und Wohnen
- 2 Ob Schimmel an der Decke, eine defekte Tür oder eine verstopfte Regenrinne,
- viele Menschen haben schon die Erfahrung gemacht, mit ihrem Vermieter k\u00e4mpfen zu
- müssen. Wohnen ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Lebens, der zunehmend
- außer Kontrolle gerät. Hohe Mieten, die langwierige Wohnungssuche oder die
- Rücksichtslosigkeit von einigen Vermietern und Immobilienunternehmen sind
- 17 Themen, die besonders junge Menschen beschäftigen. Viele fragen sich, ob sie es
- sich überhaupt noch leisten können, auszuziehen, was besonders in einer Stadt
- wie Hamburg zu einer immensen Herausforderung wird.
- Die Wohnsituation in Hamburg stellt insbesondere für junge Erwachsene,
- 21 Studierende und Berufseinsteiger*innen eine zunehmend prekäre Lage dar.
- 22 Angesichts nahezu unerschwinglicher Mietpreise in den innerstädtischen Vierteln
- 23 sind viele von ihnen nicht nur mit der Herausforderung ihrer eigenen prekären
- 24 Arbeitsverhältnisse konfrontiert, sondern nun auch mit dem aktuellen
- 25 Wohnungsmarkt ein Wohnungsmarkt, auf dem junge Menschen nicht ohne die
- Unterstützung anderer einen Ort zum Leben finden können. Diese Umstände führen
- dazu, dass junge Menschen vermehrt gezwungen sind, in äußeren Stadtteilen oder
- 28 sogar außerhalb der Stadtgrenzen nach Wohnraum zu suchen. Dies hat zur Folge,
- dass sie von wichtigen sozialen Netzwerken und städtischen Angeboten isoliert
- werden und ihre Abhängigkeit vom oft unzureichenden öffentlichen Nahverkehr
- steigt, was zusätzliche zeitliche und finanzielle Belastungen mit sich bringt.
- Wohnen ist ein Grundrecht, das fast jeden Aspekt unseres Lebens bestimmt. Von
- der Anbindung an unseren Job und Freizeitangebote bis zum Recht auf Privatsphäre
- hängt vieles am Wohnen. Studierende und junge Berufstätige, die Hamburg als
- sseinen Ort mit enormen Chancen betrachten, erleben Wohnraum als ein knappes und
- teures Gut. Wohngemeinschaften werden für viele zur einzigen bezahlbaren Option,
- doch auch hier steigen die Preise für Zimmer drastisch, was nicht nur die
- finanzielle Sicherheit, sondern auch die Unabhängigkeit und das Gefühl von
- Gemeinschaft bedroht, das für viele junge Menschen so wichtig ist.

- Wir haben keine Kontrolle über unsere eigenen vier Wände. Wohnheime für
- 41 Auszubildende oder sozialen Wohnungsbau gibt es kaum. Schlechte Hausverwaltungen
- kümmern sich nicht um unsere Anliegen Probleme werden ignoriert, Reparaturen
- verschleppt und Mieterbeschwerden abgetan. Immobilienkonzerne erzielen enorme
- Umsätze, während wir den letzten Cent für ein WG-Zimmer ausgeben. Diese
- 45 Ungerechtigkeit darf nicht der Normalzustand werden.
- Doch es gibt Hoffnung! Gemeinsam stellen wir uns der Profitlogik in der
- Immobilienwirtschaft entgegen und fordern die Veränderung, die günstige Mieten
- 48 möglich macht. Hamburg muss sich das Ziel setzen, eine lebendige und inklusive
- 49 Stadt auch für die Jugend zu bleiben, in der bezahlbarer Wohnraum nicht das
- 50 Privileg einiger weniger, sondern das Recht aller ist. Gemeinsam können wir
- Druck auf Politik und Konzerne ausüben, um bezahlbaren Wohnraum und
- menschenwürdige Lebensbedingungen für alle zu erkämpfen.

Jugendkulturangebote

- 54 Private Swimmingpools statt erschwinglicher Freibäder nebenan, Golfplätze für
- wenige statt gepflegte Sportplätze in ganz Hamburg oder exklusive Edelclubs
- statt schöne Orte zum Feiern. Wann hast du das letzte mal mit deinen
- 57 Freund*innen gechillt, ohne dir etwas kaufen zu müssen? Während Krise über Krise
- auf uns einprasselt, kann man kaum noch miteinander Zeit verbringen, ohne Geld
- in die Hand zu nehmen. Dabei werden nicht nur die Freizeitangebote teurer,
- sondern auch die Lebenshaltungskosten. Während einige eine renovierte
- 61 Altbauwohnung in Eppendorf haben, verschimmeln die Wohnungen in Steilshoop.
- Während die einen hunderte Euros im Club für Champagner ausgeben, reicht bei den
 - anderen das Geld nicht einmal für den Wocheneinkauf.
- 64 Es kann nicht sein, dass wir uns für die Reichen dieser Stadt kaputtarbeiten, in
- der Schule ausbrennen und dann in unserer kurzen Freizeit nicht mal Orte zum
- 66 Erholen haben. Hamburg ist als Stadt mit vielen Kulturangeboten bekannt, aber
- diese muss man sich leisten können. Wir sind es, die den Reichtum und die Kultur
- dieser Stadt erwirtschaften, aber wir profitieren kein Stück davon! Es
- 69 profitieren immer die gleichen Superreichen aus Hamburgs Nobelstadtteilen,
- 70 während unsere Familien an den Stadtrand verdrängt werden. In unseren
- 51 Stadtteilen gibt es kaum Aufenthaltsorte, gut ausgestattete Sportvereine oder
- 72 Einkaufsmöglichkeiten und die Hamburger Innenstadt wird immer ausschließender
- und teurer. Aus Jenfeld oder Neugraben müssen wir ewig fahren, um Orte zu
- 74 erreichen, wo wir uns gerne aufhalten und hier dann noch tief in die Tasche
- 75 greifen.
- Das geht so nicht weiter! Uns steht mehr zu. Denn unsere Freizeit darf nicht mit
- dem eigenen Geldbeutel stehen und fallen. Die Schuldenbremse muss abgeschafft
- werden, damit dieses lebenswerte Hamburg für alle bezahlt werden kann. Es ist
- eine politische Entscheidung, ob die Stadt ihre Ausgaben in die Jugend gewollt
- 80 begrenzt oder ihr Geld für uns in Sportvereine und kostenlose Aufenthaltsorte
- 81 investiert.
- 82 Wir wollen nach der Schule in einem Café zusammen lernen können, ohne 4,90 Euro
- für einen Cappuccino ausgeben zu müssen. Wir wollen uns am Wochenende zum Feiern
- treffen können, ohne in der Bar einen Zehner für einen Cocktail liegenzulassen.
- Wir wollen in einem schönen Park sitzen, mit Freunden Handball spielen,
- 86 entspannt Kaffee trinken oder am Wochenende in einem Club feiern gehen, und zwar

- nicht nur in Barmbek, der Sternschanze oder in Ottensen, sondern in ganz
 Hamburg!
- 89 Bildung
- 90 Was wirst du, Ärztin, Anwalt oder Architekt*in?
- Andauernder Stress und ein Dauergefühl der Krise ist für viele Schüler*innen
- Alltag. Der ständige Leistungsdruck belastet uns. Wir müssen auswendig lernen,
- 93 statt uns nach unseren Wünschen weiterbilden und entfalten zu können. Die
- 94 Entwicklung der eigenen Persönlichkeit bleibt dabei auf der Strecke. Und am Ende
- 95 sind wir mit Erwartungen unserer Familie und unseres Umfeldes konfrontiert,
- denen wir nicht standhalten können. In einer Welt, in der alle von uns erwarten,
- dass wir Ärzt*in, Anwält*in oder Architekt*in werden, fühlen wir uns verloren.
- 98 Statt individueller Förderung erleben wir nur psychische Belastung.
- 99 Wie in einer Massenproduktion werden wir abgefertigt, um auf den Arbeitsmarkt
- gebracht zu werden. Jeden Tag fragen wir uns, wie uns die ganzen Formeln in
- 101 Mathe und die uralten Gedichte in Deutsch in unserem weiteren Leben helfen
- sollen. Wie man Konflikte löst oder richtig kommuniziert, lernen wir hingegen
- nicht. Dieses kaputte System fördert und stützt Ungerechtigkeiten und
- benachteiligt die, die in unserer Gesellschaft ohnehin schon zurückgelassen
- werden. Bereits nach der vierten Klasse werden wir nach Leistung eingeteilt, die
- zu diesem Zeitpunkt meist einzig und allein vom Elternhaus und deren
- 107 finanzieller Situierung abhängt und trotzdem unser gesamtes Leben bestimmt.
- 108 Die Situierung des Elternhauses ist ein weiterer entscheidender Faktor, der
- unsere Bildungschancen beeinflusst. Angebote wie Nachhilfe, Musikunterricht,
- Sprachreisen oder Sportkurse, die uns nicht nur fördern, sondern auch unsere
- 111 Gesundheit stärken, können sich nicht alle leisten. Dadurch steht nicht allen
- Kinder gleiche Förderung und damit verbundene Chancen auf Bildung und
- 113 persönliches Wachstum zur Verfügung. In Hamburg leben viele Kinder in Armut und
- sind von diesen Ungerechtigkeiten besonders betroffen. Diese Kinder sind oft von
- Beginn an in ihrer Bildungsbiografie benachteiligt.
- Nach der Schule wird es nicht besser. Im Studium reicht das BAföG nicht einmal
- 117 für die Miete. Wir sind gezwungen, schlecht bezahlte Aushilfsjobs anzunehmen, um
- über die Runden zu kommen. In der Ausbildung ist die Vergütung gering und wir
- leiden unter den Arbeitsbedingungen, unter denen wir uns danach noch unser
- ganzes Leben kaputt arbeiten sollen.
- 121 Doch Veränderung ist möglich! Wir können gemeinsam etwas bewegen, denn die
- Schule kann ein Ort sein, an dem man gerne lernt! Gemeinsam können wir Bildung
- schaffen frei von Druck und Leistungszwang ohne Kämpft mit euren
- 124 Klassenkamerad*innen und mit uns für ein Bildungssystem, das allen gleiche
- 125 Chancen bietet und niemanden zurücklässt. Lasst uns eine Schule schaffen, die
- individuelle Stärken fördert, alle mitnimmt und Spaß macht!
- 127 Um diese dringenden Themen wirksam anzugehen, werden wir in unserer Kampagne
- mehrere strategische Ansätze verfolgen. Die aktive Mobilisierung unserer
- 129 Mitglieder steht im Zentrum unserer Bemühungen. Wir planen, ab Mitte Januar 2025
- regelmäßig Veranstaltungen zu organisieren, um unsere Kernanliegen in die
- 131 Öffentlichkeit zu tragen und den Dialog zu fördern. Wir wollen mit den Menschen
- vor Ort ins Gespräch kommen. Wir möchten daher unteranderem den Haustürwahlkampf
- dafür nutzen und in unsere Strategie einbinden, da direkte Gespräche die

- Möglichkeit bieten, individuelle Anliegen aufzunehmen und unser Engagement zu
- verdeutlichen. Durch gemeinsame Anstrengungen und mit der Unterstützung durch
- Workshops und Trainings in den Kreisverbänden werden wir sicherstellen, dass
- unsere Kampagne handlungsstark und durchschlagskräftig ist. Neben den
- 138 Kampagnenaktionen soll es in den Kreisverbänden auch weiterhin
- Socialisingtreffen geben, die offen für Neumitglieder und Interessierte sind
- sowie Raum zum Austausch und zur Relexion bieten.
- Der Landesvorstand der Grünen Jugend Hamburg wird zudem beauftragt, ein
- 142 Kampagnenteam einzusetzen, dass die Planung und Umsetzung koordiniert. Das
- 143 Kampagnenteam entwickelt verschiedene Aktionsformate, die in den Wintermonaten
- qut umsetzbar sind und stellt bei Bedarf die benötigte Materialien zur
- 145 Verfügung. Zusammen mit den Kreisverbänden arbeiten wir daran, dass unsere
- Kampagne auf allen Ebenen präsent ist. Hamburg braucht eine gerechte und
- nachhaltige Zukunft, und es liegt an uns, diese möglich zu machen. Lasst uns
- gemeinsam für eine starke, hörbare junge Generation eintreten! Für eine
- erfolgreiche Kampagne braucht es uns alle. Sei dabei!

Beschluss Israel und Palästina: Wege zur Deeskalation in einer konfliktbeladenen Region

Antragsteller*in: Jalda Rahimi, Carl-Emil Förster, Franz Krause

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedene Anträge

Antragstext

Humanität und Menschenrechte für alle!

- Am 07. Oktober 2023 hat die islamistische Terrororganisation Hamas, der
- Islamische Jihad in Palästina, die PFLP, die DFLP und weitere, kleinere Gruppen
- einen terroristischen Angriff auf Israel gestartet. Es gab Luftangriffe mit
- tausenden Raketen, Morde und Geiselnahmen von Zivilist*innen. Dieser brutale
- 6 Terror ist durch nichts zu rechtfertigen.
- 7 Gerade deshalb sind wir solidarisch mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen,
- 8 die seit Jahren unter der grausamen Terrorherrschaft der Hamas leiden muss und
- gerade jetzt instrumentalisiert wird. Unsere Gedanken sind bei den tausenden
- Palästinenser*innen, die im vergangenen Jahr verletzt wurden, gestorben sind
- oder sich nun, teilweise zum wiederholten Male, auf der Flucht befinden.
- Weiterhin braucht es dringend sichere Fluchtwege aus Gaza; auch dafür tragen
- 13 alle in der Region Verantwortung.
- 14 Während wir diesen Antrag schreiben, erreichen uns die Nachrichten und Bilder
- aus dem Al-Aqsa Krankenhaus. Menschen, die in den Flammen bei lebendigem Leibe
- verbrennen. Die gewaltige Welle an Empörung bleibt aus. Die Menschen sind
- abgestumpft, erwarten eine konstante Steigerung des Leids. Wir sagen:
- Zehntausende Tote, die meisten davon Frauen und Kinder, ist nicht normal!
- Das israelische Militär hat fast ganz Gaza in Schutt und Asche gelegt. Besonders
- betroffen sind davon Zivilist*innen. Die Hamas versteckt sich hinter
- 21 Zivilist*innen, womit sie das internationale Völkerrecht bricht, und nutzt
- Fallen, um Soldat*innen auf brutalste Art und Weise zu töten. Trotzdem zeigen
- verschiedene Umfragen, dass nach wie vor mehr als die Hälfte aller Menschen in
- 24 Gaza den Terrorangriff auf Israel für richtig halten. Neueste Berichte werfen
- auch dem israelischen Militär vor, Zivilist*innen als menschliche Schutzschilde
- zu nutzen und die Äußerungen von einzelnen rechtsextremen Regierungsmitgliedern,
- 27 entmenschlichen Palästinenser*innen. Dieser Krieg zeigt auf, wie welche Wirkungen
- Desinformationskampagnen haben und wie Zivilist*innen Spielball mehrerer
- 29 Kriegsparteien gleichzeitig werden, wie sie benutzt werden nd deshalb der Schutz
- dieser ein Fokus bei der Konfliktlösung sein muss.
- Dabei verursachten die israelischen Verteidigungsmaßnahmen und
- Vergeltungsangriffe nach dem 7. Oktober 2023, wo mindestens 1200 Zivilist*innen
- getötet und 239 entführt wurden, besonders im Gazastreifen, eine humanitäre
- Katastrophe, die tausende zivile Opfer forderte und wesentliche Infrastruktur
- zerstörte. Wir begrüßen, dass die EU eine Luftbrücke zur Versorgung der Menschen
- in Gaza eingerichtet hat und erwarten weiterhin von allen in der Region maximale
- 37 Bereitschaft dazu, die humanitäre Situation zu verbessern. Tatsächlich kommen
- jedoch bisher zu wenige Güter sicher an, unter anderem da die Hamas Hilfsgüter
- beschlagnahmt und überteuert an die Menschen verkauft, aber auch weil NGOs und
- 40 andere Akteure Angst vor Beschuss durch das israelische Militär haben. Die
- 41 humanitäre Krise im Gazastreifen erfordert sofortige Maßnahmen. Die anhaltende
- Gewalt muss beendet und eine politische Lösung durch Verhandlungen und die

- 43 Achtung der Menschenrechte angestrebt werden. Wir fordern die Terrororganisation
- 44 Hamas deshalb auf, die Waffen niederzulegen, alle verbliebenen Geiseln sofort zu
- 45 befreien und sicher an Israel zu übergeben. Die internationale Gemeinschaft muss
- Verantwortung übernehmen und Schritte für Frieden und Gerechtigkeit setzen.
- Stoppt das Töten von Zivilist*innen, Deeskalation jetzt!
- Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung und Existenz. Es wäre ein
- 49 Trugschluss zu sagen, dass Frieden nur von Israel abhängt. Das Gegenteil ist der
- 50 Fall, Israel ist umgeben von antisemitischen Terrororganisationen und deshalb
- ist es wichtig, dass Israel sich verteidigen darf und kann. Immer wieder wird
- der Vorwurf von einem Genozid von Israel an dem Palästinenser*innen erhoben.
- Deshalb fordern wir die schnelle Aufklärung durch unabhängige Organisationen und
- zuständige Gerichte während und nach dem Konflikt. Bis dahin geht es darum, dass
- der Konflikt nicht weiter eskaliert, wobei dies genau die Realität ist. Israel
- reagiert auch auf Angriffe aus dem Iran oder der Hisbollah im Libanon mit
- militärischen Gegenmaßnahmen, die auch die Zivilbevölkerung treffen, wie in
- 58 Gaza. Wir haben Angst vor weiteren Eskalation und Leid in der Zivilbevölkerung.
- Während wir den Kampf gegen die Terrororganisationen Hamas, Hisbollah und das
- iranische Unrechtsregime unterstützen, sehen wir die derzeitige Kriegsführung
- durch die rechtsextreme Regierung Israels sehr kritisch.
- Wir fordern den Landesvorstand der Grünen Jugend Hamburg auf, folgende
- Forderungen, auf sich zu übertragen selbst umzusetzen und einen eigenen
- 64 inhaltlichen Antrag auf dem nächsten Länderrat der Grünen Jugend zu stellen
- worin folgendes gefordert wird:
 - Der Bundesvorstand der Grünen Jugend setzt sich für folgende Forderungen in der Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsarbeit und in Gesprächen mit bündnisgrünen Akteuren und Verantwortungsträger*innen ein:
- 1. Für Frieden, Sicherheit und Freiheit im Nahen Osten fordern wir eine Zwei Staaten-Lösung und das sofortige Ende der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik
 in den palästinensischen Autonomiegebieten.
- 72 2. Auf die EU, UNO und Arabische Liga einzuwirken, einen sofortigen umfassenden
- 73 Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas zu erwirkenund den ungehinderten
- humanitären Zugang in den Gazastreifen zu ermöglichen.
- 3. Sich mit Nachdruck für die Achtung, der Menschenrechte, des humanitären
 Völkerrechts und der Genfer Konventionen für die Palästinenser einzusetzen.
 - Die Grüne Jugend wird Bildungsarbeit zur Verfügung stellen, die sich kritisch mit den Verflechtungen des Unrechtsregimes im Iran, den Terrororganisationen Hisbollah un Hamas sowie der Regierung und Politik Israels, der Geschichte des Nahost Konflikts und einer Lösung dessen auseinandersetzt.
- 4. Die Bundesregierung aufzufordern, als Bundesrepublik Deutschland Palästina als Staat offiziell anzuerkennen.
- 84 Wir weisen Rassismus entschieden zurück!
- 85 Wir als Grüne Jugend Hamburg sehen aber, dass unser Wirksamkeitsbereich auf
- Beutschland und Hamburg beschränkt ist. Doch auch hier macht sich der Krieg

- 87 bemerkbar. Antisemetismus und antimuslimischer- und antiarabischer Rassismus
- 88 sind auf einem Hoch, wie lange nicht mehr. Dabei zeigt sich besonders eine
- 89 Entsolidarisierung gegenüber unseren muslimischen und arabischen, aber auch
- 90 jüdischen Mitmenschen. Wir verurteilen diskriminierende Handlungen, ob
- antisemitisch oder anti-muslimisch, und bedauern deren Anstieg seit den
- Terrorangriffen der Hamas am 7. Oktober 2023.
- Dass der Angriff der Hamas auf Israel und die gerechtfertigte Wut auf diejenige,
- die die Gräueltaten der Hamas auf unseren Straßen feierten, im vergangenen Jahr
- 95 immer wieder für rassistische Debatten in Deutschland genutzt wurde, ist
- schäbig: In Deutschland lebende Muslim*innen kollektiv zu unterstellen, die
- 97 Gräueltaten der Hamas gutzuheißen, ist schlicht rassistisch.
- Selten haben sich Menschen aus der muslimischen und arabischen sowie jüdischen
- community so alleine und ausgegrenzt gefühlt. Dazu kommt eine Politik, die
- ständig gegen Migrant*innen hetzt. Seien es Friedrich Merz, der gegen
- migrantisierte Taxifahrer hetzt, eine CSU, die antimuslimisches
- 102 Propagandamaterial herstellt, das an dunkelste Zeiten erinnert oder Grüne, die
- eine Asylrechtsverschärfung nach der nächsten durchwinken. Auch die zunehmenden
- Abschiebedebatten weisen wir entschieden von uns. Antisemitismus bekämpf man
- nicht, indem man sich an rassistischen Debatten beteiligt. Antimuslimischer
- Rassismus ist keine Strategie gegen Antisemitismus!
- 107 Wir sagen: Es reicht! Wir befeuern nicht weiter diesen Teufelskreis der Hetze
- gegen Muslim*innen. Die Gefahr von Rechts richtet sich nicht nur gegen
- 109 Jüd*innen, sondern auchbgegen Migrant*innen und viele andere marginalisiert
- Gruppen. Während Deutschland ein echtes Problem mit Islamismus hat, wird das
- 111 nicht nur schleppend angepackt. Es wird auch ein Keil weiter durch die
- Gesellschaft getrieben, der Menschen nur weiter in die Radikalisierung treibt.
- Statt Populismus braucht es jetzt eine solidarische und integrierende Politik!

Beschluss Bildungsgerechtigkeit: Bildungschancen unabhängig von sozialer Ungerechtigkeit

Antragsteller*in: Jule Struck, Leon Meyer
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedene Anträge

Antragstext

Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung. So einigten sich die UN-Staaten schon

1948 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechten. Doch ist der Zugang zu

Bildung in Deutschland sehr unterschiedlich gestaltet. So bestimmen das

Einkommen und der Bildungsstand der Eltern bei vielen Kindern den Bildungsweg

und damit auch spätere Chancen und Auswahlmöglichkeiten in der Berufswelt.

6 Kinder werden auf verschiedene Schulformen aufgeteilt, mit wenig Chancen diese

später zu wechseln. Dabei wird wenig auf die Bedürfnisse der Kinder geachtet.

8 Sie werden hohem Druck und Stress ausgesetzt, ohne dass die Politik ihnen etwas

zurückgibt. Auch sind Schulen unterschiedlich gut ausgestattet, sodass schon der

Wohnort einer Familie Einfluss auf den Bildungsstandard haben kann. Wir finden,

11 dass das so nicht geht.

Viele Schüler:innen leiden in der Schule unter Stress und Leistungsdruck: Es

werden gute Noten, viel Anstrengung und Zeit von ihnen erwartet. Sie müssen sich

dem System Schule anpassen, auch wenn es ihnen schwerfällt. Große Lerngruppen,

s eintönige Unterrichtsstunden und unschöne Lernräume fördern den Spaß an Schule

auch nicht.

7 Besonders stark betroffen sind Schüler:innen aus finanziell schwachen und

bildungsfernen Familien. Bei ihnen kommen viele äußerliche Faktoren hinzu, wie

9 Hunger, schlechtere Materialien, weniger Ansprechpersonen im familiären Umfeld,

die Kapazitäten zum Helfen haben. Auch gibt es viele innere Faktoren, die vom

1 Unterricht ablenken, wie Geldsorgen, Angst vor Rassismuserfahrungen, der schon

genannte Leistungsdruck, Der Erfolg im Bildungssystem ist in Deutschland sehr an

das Einkommen der Eltern gekoppelt - weit über dem OECD Schnitt - und das muss

24 sich ändern. Durch die Kopplung des Bildungserfolgs an ihre Umstände entstehen

systematische Diskriminierungen, die über Generationen hinweg weitergegeben

6 werden.

27 Politische Parteien sind sich dieser Probleme bewusst. So wurde beispielsweise

« die Option auf ein kostenloses Mittagessen für alle Schüler:innen nach

29 Empfehlung eines Bürgerrats im Bundestag eingebracht. Wenn Schüler:innen vor

Hunger leidend im Klassenraum sitzen, ist es nahezu unmöglich, sich auf das

Wesentliche zu konzentrieren: den Unterricht und das Lernen. Hunger

beeinträchtigt unsere Leistungsfähigkeit und sorgt dafür, dass wir nicht unser

volles Potenzial ausschöpfen können. Daher ist der Umstand, dass Kinder und

4 Jugendliche hungrig in die Schule kommen nicht hinnehmbar. Ein kostenloses

Mittagessen an Schulen könnte hier einen bedeutenden Unterschied machen. Es

würde sicherstellen, dass jedes Kind Zugang zu einer gesunden Mahlzeit hat.

57 Dadurch könnten wir uns besser auf unsere Schulbildung konzentrieren, was

38 letztendlich zu besseren Leistungen und weniger Stress führen würde. Zudem würde

solch eine Maßnahme auch ein starkes Zeichen für Chancengleichheit setzen:

Bildung und Gesundheit sind für alle zugänglich, unabhängig von der finanziellen

41 Situation der Familie.

- Kinder und Jugendliche sind eine Gruppe, die besonders viel Schutz benötigt.
- 43 Häufig können sie nur schlecht für ihre eigenen Sorgen und Werte einstehen und
- leiden mehr unter systemischen Prozessen. Daher fordern wir als GRÜNE JUGEND
- Hamburg, dass die Probleme von Schüler:innen endlich ernst genommen werden. Auch
- wollen wir selbst Verantwortung übernehmen und dieser Gruppe eine Stimme
- verleihen. Wir werden diese Anliegen in die kommenden Kampagnen tragen und im
- Rahmen unserer Nachwuchsförderung besonders junge Mitglieder fördern.